

**Mag.<sup>a</sup> Beate Meinl-Reisinger, MES**  
 Bundesministerin  
 Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Dr. Walter Rosenkranz  
 Parlament  
 1017 Wien

Wien, am 9. Dezember 2025

GZ. BMEIA-2025-0.822.432

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Christian Hafenecker, MA, hat am 9. Oktober 2025 unter der Zl. 3632/J-NR/2025 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Russland-Sanktionen ja - aber nicht für die schwarze Raiffeisen und die pinke STRABAG“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 8:**

- *Entspricht es den Tatsachen, dass österreichische Vertreter in den laufenden EU-Verhandlungen über ein neues Sanktionspaket gegen Russland den Vorschlag eingebracht haben, eingefrorene STRABAG-Anteile freizugeben oder zugunsten der Raiffeisenbank International (RBI) zu verwerten?*  
*Wenn ja, wer hat diesen Vorschlag im Namen der Republik Österreich offiziell eingebracht, und wann genau erfolgte dies?*  
*Erfolgte dazu ein Auftrag aus dem Bundeskanzleramt (BKA) oder eine Abstimmung mit diesem?*  
*Wurde das Außenministerium vor der Einbringung dieses Vorschlags durch Vertreter der RBI, der STRABAG oder anderer betroffener Unternehmen kontaktiert oder beraten?*  
*Hat sich Hans-Peter Haselsteiner persönlich bei Ihnen dafür eingesetzt?*  
*Gab es Gespräche oder Lobbying-Aktivitäten durch Vertreter der RBI oder anderer Finanzakteure im Zusammenhang mit diesem Vorschlag?*

*Wenn ja, wann und mit wem?*

*Gibt es weitere Abänderungswünsche betreffend die Russlandsanktionen, die auf EU-Ebene von Österreich eingebracht werden?*

- *Um welches Finanzvolumen handelt sich betreffend den Zugriff der RBI auf die in Österreich eingefrorenen, russischen STRABAG-Anteile?*
- *Welche Position vertreten andere EU-Mitgliedstaaten zu diesem österreichischen Vorschlag?*
- *Welche rechtliche Grundlage sieht das Außenministerium für eine solche Maßnahme, insbesondere im Hinblick auf die bestehenden EU-Verordnungen zu eingefrorenem russischem Vermögen?*
- *Welche Analysen oder Gutachten liegen dem Außenministerium zur möglichen sanktionsrechtlichen oder politischen Folgewirkung dieser Maßnahme vor?*
- *Setzen Sie sich persönlich auf EU-Ebene für eine Sonderregelung bei den Russlandsanktionen betreffend die Geschäfte der RBI in Russland ein?*  
*Wenn ja, mit welcher Begründung?*
- *Warum hat sich das Außenministerium bisher für keine Sonderregelungen auf EU-Ebene für heimische Unternehmen in Hinblick auf die Russlandsanktionen eingesetzt?*  
*Falls doch, bitte um Nennung der Unternehmen und konkreter Fälle/Bereiche?*  
*Inwiefern und wie konkret werden Sie sich für die Belange österreichischer Unternehmen in Hinblick auf negative Auswirkungen der Russlandsanktionen auf diese einsetzen?*
- *Inwiefern ist das Vorgehen des Außenministeriums in diesem Fall mit der gemeinsamen europäischen Linie der „maximalen wirtschaftlichen und politischen Isolation Russlands“ vereinbar?*

Ich verweise auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 3606/J-NR/2025 vom 7. Oktober 2025.

Mag.<sup>a</sup> Beate Meinl-Reisinger, MES

